

Bericht aus dem Kantonsrat

Die neue Stipendienregelung konnte endlich abgeschlossen werden...

Sitzung vom Montag, 16. März 2015

Verfasser: Christoph Ziegler

Stipendienreform für den Kanton Zürich (Andreas Erdin)

Die kantonale Bildungskommission KBIK hat in über 4 Jahren eine gut austarierte Stipendienreform erarbeitet, welche wir in dieser Form unterstützen. Die Vorlage war so gut vorbereitet worden, dass im Rat nur noch wenige Details bereinigt werden mussten.

Im Rahmen des finanziell Vertretbaren kommt man den Studierenden entgegen, denn gut ausgebildete Leute sind ein wichtiger Rohstoff für die Schweiz.

Zu den Minderheitsanträgen haben wir wie folgt gestimmt:

Mit dem 45. Lebensjahr soll die Beitragsberechtigung enden. Wer in diesem Alter eine Weiterbildung aufnimmt, ist meist fähig, seine Ausbildung selber zu finanzieren. Für Härtefälle kann bei der Bildungsdirektion ein Gesuch eingereicht werden. Die begrenzten finanziellen Mittel sollten zur Ausbildung der Kinder und Jugendlichen verwendet werden.

Begrenzung der Stipendien auf 25 Jahre. Wenn ein Studienabschluss später erfolgt, können Darlehen oder reduzierte Stipendien ausbezahlt werden.

Die Grünliberalen unterstützen die Vorlage. Die Schlussabstimmung findet erst in ca. 4 Wochen statt.

Beitritt zum Stipendienkonkordat (Andreas Erdin)

Das Stipendienkonkordat legt Mindeststandards zum Stipendienwesen fest und lässt den Kantonen daneben auch genügend Spielraum. Als 17. Kanton tritt nun auch der Kanton Zürich bei, was wir unterstützen.

Objektkredit (Miete, Mieterausbau, Spezialausbau) für die ZHAW in Winterthur (Barbara Schaffner)

Die Grünliberalen stimmen mit allen anderen Fraktionen dem Kredit zu. Die Lage ist ideal und der Bedarf ausgewiesen. Das Konstrukt des gewählten Modells und der Mietvertrag werden aber zu zahlreichen Reibungsflächen zwischen der Implenia und dem Kanton führen. Auch stark zu kritisieren ist die mangelnde Kostentransparenz. Es ist zudem nicht klar, ob der Nachhaltigkeitsstandard des Baus realisiert werden kann. Leider hat es die Regierung verpasst, sich die Landreserven rechtzeitig zu sichern.